

POSTULAT von Hansueli Züllig (SVP, Zürich), Peter Good (SVP, Bauma) und Ernst Züst (SVP, Horgen)

betreffend Plafonierung der Staatsausgaben bei 8,5 Milliarden Franken bis spätestens Ende 2003 zur Beschränkung der Staatsquote

Der Regierungsrat wird ersucht, dem Kantonsrat Massnahmen beziehungsweise einen Vorgehensplan zur Beschränkung von staatlichen Aufgaben und Bestimmungen und zur Reduktion der Staatsausgaben zu unterbreiten, mit dem Ziel, eine 15 % Senkung des Aufwandes (Basis 1998) auf ca. 8,5 Milliarden Franken zurückzuführen. Dies bei gleicher Rechnungslegung wie 1998. Dieses Ziel ist spätestens ab 2003 zu erreichen. Der Finanzplan ist entsprechend anzupassen.

Der Vorgehensplan soll mehrere Varianten enthalten. Der Regierungsrat wird ersucht diejenige Variante zu bezeichnen, die er bevorzugt.

Hansueli Züllig
Peter Good
Ernst Züst

Begründung:

Der Wirtschaftskanton Zürich braucht gute Rahmenbedingungen für Gewerbe, Wirtschaft, natürliche und juristische Personen. Anzustreben ist eine tiefere Staatsquote, sind weniger Vorschriften, Steuern, Abgaben, Gebühren und Bürokratie. Die staatlichen Aufgaben müssen wieder auf die grundsätzlichen Kernkompetenzen beschränkt und die Staatsausgaben wirksam beschränkt werden. Das ist notwendige Voraussetzung dafür, dass Gewerbe, Wirtschaft, natürlichen und juristischen Personen wieder mehr bleibt und sich Investitionen, Eigenverantwortung und Leistung wieder lohnen. Eine Beschränkung der Staatsausgaben verbessert die Rahmenbedingungen und fördert die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und schafft damit die Grundlage für Wohlstand und Arbeitsplätze.

Durch die Reduktion der Staatssteuer werden grössere Investitionen ermöglicht, die Standortbedingungen verbessert, die Abwanderung von guten Steuerzahlern gebremst und die Wohnsitz- und Domizilnahme von steuerstarken natürlichen und juristischen Personen gefördert. Die Steuerreduktion vermittelt dem Wirtschaftsraum Zürich neue Impulse und legt damit die Grundlage für mehr Wirtschaftswachstum, Wohlfahrt und Arbeitsplätze.

Höhere Staatsausgaben ziehen höhere Steuern nach sich. Damit dieser unheilsamen Wechselwirkung endlich Einhalt geboten werden kann, muss die Verwaltung konsequent und rasch nach Sparmöglichkeiten suchen und bereit sein, diese auch in die Tat umzusetzen.